

# BÜRGERINITIATIVE KONTRA ENERGIEDIENST

## Streit um die PtG-Anlage in Grenzach-Wyhlen

Die Anzahl der Power-to-Gas-Anlagen in Deutschland nimmt stetig zu. Mittlerweile sind es einige Dutzend Standorte, an denen mit Hilfe von Ökostrom Wasserstoff erzeugt wird. In der Regel verlaufen Planung und Errichtung ohne bemerkenswerte Zwischenfälle, abgesehen von bürokratischen Hürden und etwaigen technischen Komplikationen. Nicht so in der Gemeinde Grenzach-Wyhlen: Dort gründeten die zukünftigen Nachbarn einer geplanten PtG-Anlage eine Bürgerinitiative, um sich gegen den geplanten Standort zu wehren.

Grenzach-Wyhlen liegt im Rheintal, Landkreis Lörrach, genau im Dreiländereck Schweiz, Frankreich, Deutschland östlich von Basel. Ein Highlight der 14.000 Einwohner zählenden Gemeinde ist das 1912 errichtete Wasserkraftwerk Wyhlen, das „erste regenerative Doppelkraftwerk Deutschlands“.

Betreiber des Kraftwerks ist EnergieDienst (ED), und dieser plant die Errichtung einer Power-to-Gas-Anlage (1 MW) auf dem rund 32 Hektar großen Betriebsgelände in unmittelbarer Nähe zu dem historischen Bauwerk direkt neben einem Vogelschutzgebiet. Ziel dieses Bauvorhabens ist unter anderem die Erprobung eines 300-kW-Elektrolyseurs der Firma McPhy sowie die Erarbeitung eines Leitfadens für den effizienten Betrieb von PtG-Anlagen. Partner des vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) koordinierten Projekts sind das Institut für Technische Thermodynamik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) sowie die DVGW-Forschungsstelle am Engler-Bunte-Institut des Karlsruher Instituts für Technologie (DVGW-EBI).

EnergieDienst gehört zur Energiedienst Holding AG, einem schweizerischen Unternehmen, an dem die EnBW 67 Prozent der Anteile hält. Die Energiedienst-Gruppe bietet unter anderem Haushaltskunden Ökostrom der Marke *NaturEnergie* an.

**KRITIK VON BÜRGERSEITE** Seit einigen Monaten gibt es lautstarke Kritik an diesem Vorhaben: Mitte Oktober 2016 gründete sich eine Bürgerinitiative, die sich zunächst *BI gegen Chemie* nannte und sich „gegen den Einsatz von potenziell hochgefährlicher Technologie in einem Wohngebiet“ wandte. Michael Kempkes,

der Sprecher der Initiative, sorgt sich insbesondere Sorge wegen der räumlichen Nähe der geplanten Chemieanlage zu der Kleinsiedlung, in der auch er wohnt und die unmittelbar an das Betriebsgelände grenzt. In dieser Siedlung leben in zehn Häusern rund 40 Personen, von denen „fünf bis sechs zum harten Kern der Initiative“ zählen, wie Kempkes Ende Oktober gegenüber der *Badischen Zeitung* berichtete.

Gegenüber *HZwei* erklärte Kempkes, dessen Haus weniger als 100 Meter von der geplanten Anlage entfernt ist, dass er eine Wasserstoffexplosion befürchte, da derartige Zwischenfälle nicht auszuschließen seien. Zudem ließ er erkennen, dass er einen Wertverlust der bis dato idyllisch gelegenen Grundstücke vermeiden möchte. Skeptisch steht er darüber hinaus einer erhöhten „Verkehrsbelastung durch Gefahrguttransporte in Grenzach-Wyhlen“ gegenüber.

Äußerst unzufrieden ist er auch mit der Informationspolitik des zukünftigen Betreibers: „Wir haben Ängste und Bedenken, weil uns EnergieDienst nicht als geeigneter Betreiber einer Chemieanlage erscheint und weil unsere Fragen nicht ausreichend beantwortet werden konnten.“ Auf der eigens von der BI eingerichteten Homepage [www.bi-wasserkraftwerk-am-altrhein](http://www.bi-wasserkraftwerk-am-altrhein).



M. Kempkes auf dem Balkon seines Hauses

de konkretisierte Kempkes die Kernpunkte seiner Kritik: „Wir sind grundsätzlich für die Erschließung neuer Technologien, aber sie sollten an einem dafür geeigneten Standort entstehen.“ Einen Vorschlag für einen Alternativstandort hatte die BI zwar vorgelegt, war damit aber nicht bis zu EnergieDienst durchgedrungen.

Durch die Gründung der Bürgerinitiative wurde diese gesamte Problematik nun publik. Seitdem berichten regionale und auch überregionale Medien über die verfahrenere Situation und titelten unter anderem: „Wasserstoff erhitzt Gemüter“. Trotzdem fand am 25. Oktober 2016 eine Gemeinderatssitzung statt, während der die Gemeinde zunächst beschloss, einen städtebaulichen Vertrag mit EnergieDienst einzugehen. Einige Ratsmitglieder kritisierten allerdings die Öffentlichkeitsarbeit von EnergieDienst: „Wir hätten uns das mit der BI sparen können, wenn ED vorzeitig die Anwohner informiert hätte.“ Von Seiten der Projektinitiatoren hieß es dazu, die ganze Angelegenheit habe „einen falschen Zungenschlag bekommen“, was ausdrücklich bedauert wurde.

**INFORMATIONSVORANSTALTUNG ERFOLGLOS** Kurze Zeit später – nach der Einreichung des Bauantrags – fand dann die ursprünglich für den Sommer geplante öffentliche Informationsveranstaltung statt. Bei diesem Ortstermin am 14. November 2016 direkt beim Kraftwerk präsentierten verschiedene Experten vom Betreiber, vom TÜV, vom Elektrolyseurhersteller sowie vom Regierungspräsidium Freiburg gemeinsam mit dem Koordinator zahlreiche Hintergrundinformationen, die von den über 100 Zuhörern interessiert aufgenommen wurden. Die Projektleiterin Irene Knauber, Mitglied der EnergieDienst-Geschäftsleitung, räumte dort auf Nachfrage von Kempkes ein, dass die Anlage später noch auf eine größere Leistung aufgestockt werden könnte. Zuvor hatte sie zu beruhigen versucht, dass das angrenzende Wohngebiet abgeschirmt sei durch die bereits bestehenden Gebäude auf dem Kraftwerksgelände. Friedrich Haas vom Ingenieurbüro Haas Engineering, das auch die Freiburger H<sub>2</sub>-Tankstelle mitkonzipiert hatte, berichtete außerdem laut *Badischer Zeitung*: „Auch die Geräusche werden nicht hoch sein. Der zulässige Höchstwert von 45 Dezibel wird um sechs Dezibel unterschritten.“

Die Zeitung berichtete weiter, dass Michael Kempkes von der Bürgerinitiative eine ganze Liste Fragen vortrug, woraus sich ableiten ließe, „dass er nahezu alle Aussagen anzweifelte“. Weiter hieß es: „Kempkes blieb bei seiner Ablehnung und sagte, er bringe sich so intensiv ein, um die Anlage hier zu verhindern.“ Demgegenüber erklärte Irene Knauber zur weiteren Planung: „Wir gehen davon aus, dass wir Anfang kommenden Jahres mit den Bauarbeiten beginnen können.“

Auch wenn EnergieDienst die Informationsveranstaltung als Erfolg verbuchte, bleibt die Bürgerinitiative bei ihrer Meinung. Kempkes erklärte gegenüber diesem Magazin: „Die Fronten sind verhärtet.“ Auf der einen Seite steht ED, das bereits im Vorfeld dieser Veranstaltung eine ausführliche FAQ-Seite zu diesem Thema auf seiner Homepage veröffentlicht hatte und meint, alles Erdenkliche zur Aufklärung getan zu haben. Und auf der anderen Seite steht die Bürgerinitiative, die mittlerweile unter dem Titel *BI Wasserkraftwerk am Altrhein* agiert und rund 200 Unterschriften (Stand Ende November 2016) gegen den Bau der Anlage gesammelt hat. Bei ihren Akteuren stößt insbesondere das taktierende Vorgehen von EnergieDienst „auf extreme Ablehnung“. Eine für alle Parteien zufriedenstellende Lösung scheint derzeit nicht in Sicht. ||

## SCHLICHTUNG

Kaum ein Grundstücksbesitzer möchte plötzlich eine Industrieanlage vor die Nase gesetzt bekommen, selbst wenn diese einem guten Zweck dienen sollte. Dieses bekannte Phänomen findet seine treffende Beschreibung in dem Ausdruck „Not in my backyard“ (Nicht in meinem Hinterhof). Das Kernproblem hierbei ist, dass bei dem jeweils strittigen Punkt scheinbar die eine Partei vermeintlich nur Vorteile hat, während die andere ausschließlich Nachteile zu erwarten hat. In der Diskussion über den strittigen Punkt ist es deswegen wenig sinnvoll, wenn sich beide Seiten mit angeblichen „Fakten“ bombardieren. Der Versuch den anderen zu überzeugen kann so nicht erfolgreich sein, denn wären die Rollen vertauscht, würden beide Parteien genau andersherum argumentieren. Solch eine „faktenbasierte“ Diskussion hat daher nur eine Verhärtung der Fronten zur Folge. Zielführender sind Versuche, trotz gegensätzlicher Interessen gemeinsam einen Konsens zu erarbeiten, auch wenn es zunächst den Anschein hat, dass eine Einigung unmöglich sei. Ein gangbarer Weg kann hierbei die Hinzuziehung eines Schlichters sein.

